

die entsprechenden Fachkräfte weiter.

Grundsätzlich sind immer zwei Personen im Büro anwesend, davon mindestens eine Frau sowie eine Person mit medizinischen Kenntnissen. Bei Bedarf versuchen wir DolmetscherInnen für die Termine bei den vermittelten Fachkräften zu organisieren. In dem Projekt werden keine Daten gesammelt, und alle beteiligten Personen unterstellen sich der Schweigepflicht. Wir halten Kontakt mit Beratungsstellen, um auch bei rechtlichen und sozialen Fragen weitervermitteln zu können.

Kosten für Medikamente, orthopädische Hilfsmittel, Brillen, labortechnische Untersuchungen, bildgebende Verfahren etc. finanzieren wir über Spendengelder. Bei schweren und chronischen Erkrankungen, die einer Krankenhausbehandlung bedürfen, versuchen wir zusammen mit den behandelnden ÄrztInnen eine Lösung zu finden. Hierbei stoßen wir jedoch häufig an unsere Grenzen.

## ■ Unsere Ziele

**Gesundheitsversorgung muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus jedem/jeder zugänglich sein.** Dieser Anspruch ist Teil der Grundrechte eines jeden Menschen. In Deutschland aber ist das Recht auf Gesundheitsversorgung für Ille-

Foto:  
Aktion Büro für medizinische  
Flüchtlingshilfe –  
kein mensch ist illegal,  
Berlin 2002



galisierte nur schwer durchzusetzen, da der Gang zum Arzt/zur Ärztin durch die bestehende Ausländergesetzgebung schnell im Abschiebegefahrswort enden kann. Wir versuchen durch unsere Arbeit die Lebensrealität von Illegalisierten in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen und menschliche Notlagen zu mindern. **Langfristiges politisches Ziel unserer Arbeit ist jedoch die Abschaffung von Sondergesetzen für MigrantInnen und Flüchtlinge sowie die Eingliederung aller in die medizinische Regelversorgung.**

## ■ Kontakt und Infos

### Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin

Gneisenaustraße 2a  
Mehringhof, Aufgang 3, 2. Stock  
10961 Berlin-Kreuzberg  
U-Bahnhof Mehringdamm U6/U7  
Telefon: 0 30 / 6 94 67 46

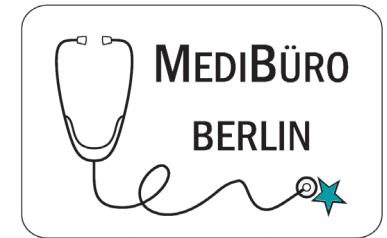
E-Mail: [info@medibuero.de](mailto:info@medibuero.de)  
Internet: [www.medibuero.de](http://www.medibuero.de)

**Bürozeiten:**  
Montag und Donnerstag 16.30 – 18.30h

**Spendenkonto**  
Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
Stichwort: Medizinische Hilfe  
Bank für Sozialwirtschaft  
Kto-Nr.: 3 260 302 | BLZ: 100 205 00

Wir stellen Spendenquittungen aus. Senden Sie uns einfach Ihre Adresse per Post oder E-Mail.

# Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin



»Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.«

Bertolt Brecht

## ■ Zur Situation von »Menschen ohne Papiere« in der BRD

In der Bundesrepublik Deutschland leben nach Schätzungen zwischen 200.000 und 500.000 „Menschen ohne Papiere“, d. h. ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Sie stellen einen Teil unserer Gesellschaft dar, leben aber in ständiger Angst, entdeckt zu werden. Ihre Migrationsgeschichten, insbesondere die Gründe, die zu einem Leben in der Illegalität führten, sind sehr unterschiedlich. Totalitäre Gesellschaftssysteme, wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und Krieg treiben Menschen in die Flucht. Oft sind reichere Länder des globalen Nordens unmittelbar oder mittelbar an der Entstehung oder an der Aufrechterhaltung der entsprechenden Konflikte beteiligt. Das Nicht-Anerkennen dieser Fluchtgründe im deutschen Asylverfahren und die restriktiven Regelungen im Zuwanderungsgesetz bedeuten für Asylsuchende und MigrantInnen, dass sie in die Illegalität gedrängt werden. Obwohl Menschen ohne Papiere unterschiedliche Gründe für ein Leben in der Illegalität haben, ist ihnen gemeinsam, dass sie durch die bestehende Gesetzeslage im Alltag vom Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ausgeschlossen und ausgegrenzt werden.

Neben den Papierlosen haben häufig auch MigrantInnen aus den neuen EU-Ländern wie Rumänien, Bulgarien und Polen praktisch

\* Wir sprechen von Menschen ohne Papiere oder Illegalisierten, da der häufig verwendete Begriff »Illegale« nicht geeignet ist, die Lebenssituation dieser Menschen zu beschreiben. Illegal impliziert, jemand habe sich eines Verbrechens schuldig gemacht und sei kriminell. Tatsächlich aber besteht der einzige Gesetzesbruch im Übertreten der ausländerrechtlichen Aufenthaltsbestimmungen. In anderen Sprachen gibt es weniger diskriminierende Begriffe (undocumented migrants, sans papiers, sin papeles etc.).

keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Sie leben legal in Deutschland, sind aber oft weder im Herkunftsland noch in Deutschland krankenversichert. Darunter befinden sich auch viele Sinti und Roma, die in ihren Herkunftsländern häufig Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Die medizinische Versorgung Illegalisierter ist nicht strafbar. Illegalisierte haben außerdem theoretisch ein Recht auf Gesundheitsversorgung nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Dies ist jedoch beschränkt auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände, beinhaltet also keine medizinische Regelversorgung. Zudem sind die Sozialämter als Kostenträger gesetzlich verpflichtet, die Personendaten an die Ausländerbehörde weiterzuleiten. Somit laufen Illegalisierte immer Gefahr, vom Behandlungszimmer aus im Abschiebewahrsam zu landen.

Eine Ausnahme bilden Notfallbehandlungen. Krankenhausverwaltungen dürfen PatientInnen-Daten nicht an die Ausländerbehörde weitergeben, da diese unter ärztlicher Schweigepflicht erhoben wurden. Dieser Geheimnisschutz verlängert sich bei Notfallbehandlungen, sogar bis in die Sozialämter: auch diese dürfen die MigrantInnen nicht mehr melden, wenn

sie die Daten von der Krankenhausverwaltung erhalten. Wenn belegt werden kann, dass Bedürftigkeit besteht, können Krankenhäuser somit zumindest die Behandlungskosten für medizinische Notfälle auf Basis des SGB XII vom Sozialamt zurückfordern. Alle anderen Behandlungen bleiben von dieser Regelung allerdings unbeeinträchtigt.

## ■ Wer wir sind

Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe existiert seit 1996 als selbstorganisiertes und nicht-staatliches Projekt. Seit der Gründung verfolgen wir als antirassistische Initiative das Ziel, die Gesundheitsversorgung von illegalisierten Flüchtlingen und MigrantInnen auf politischem und pragmatischem Wege zu verbessern. Da der faktische Ausschluss von Illegalisierten aus dem regulären Gesundheitssystem vor allem politisch begründet ist, wollen wir durch Öffentlichkeitsarbeit Bewusstsein schaffen für diese Problematik und fordern politische Lösungen. Alle MitarbeiterInnen arbeiten unentgeltlich in dem Projekt.

## ■ Unsere Arbeit

Wir arbeiten mit ÄrztInnen, PsychologInnen, Hebammen und KrankengymnastInnen zusammen, die sich bereit erklärt haben, eine qualifizierte Behandlung anonym und kostenlos durchzuführen.

Während unserer Bürozeiten vermitteln wir unbürokratisch PatientInnen an



kein  
mensch  
ist  
illegal

GESELLSCHAFT  
FÜR LEGALISIERUNG  
WWW.RECHTAFLEGALISIERUNG.DE

